

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ACHTZEHNTE JAHR

FEBRUAR 1967

2

GUNNAR MYRDAL

Der Vietnamkrieg und die politische und moralische Isolierung der Vereinigten Staaten

Der folgende Aufsatz ist der Text eines Vortrages, den der hervorragende schwedische Nationalökonom und Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Gunnar Myrdal, Direktor des Institute for International Economic Studies der Universität Stockholm, am 8. Dezember 1966 in New York gehalten hat.

Prof. Myrdal, der als einer der besten Kenner der asiatischen Probleme gelten darf, hat der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ das Recht übertragen, diesen Text in autorisierter Übersetzung zu veröffentlichen. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser, wie wir selbst, diese Auszeichnung unserer Zeitschrift zu schätzen wissen.

Die Redaktion

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Ich bin zwar ein Ausländer, aber ich habe durch die Ereignisse meines Lebens und meiner Arbeit Amerika kennen- und liebgelernt und bin mit seinen Problemen vertraut geworden. Es ist sogar so, daß, wenn ich mir von meiner Arbeit als Sozialwissenschaftler Zeit stehle, um in einer öffentlichen Diskussion oder zu einer politischen Meinungsverschiedenheit Stellung zu nehmen, ich das öfter in Amerika als in Schweden tue. Das hat gute Gründe. Amerika ist von meinen beiden geistigen Vaterländern nicht nur das größere und bedeutendere, es muß auch ernstere Probleme bei sich in Angriff nehmen, und die Außenpolitik seiner Regierung schlägt einen Kurs ein, der für die amerikanische Nation wie auch für die Welt äußerst gefährlich zu werden beginnt. Da ich mit den amerikanischen Idealen geistig in Sympathie und mit seinen Problemen persönlich verbunden bin, spreche ich bei dieser Gelegenheit nicht im Zorn, wohl aber mit Besorgnis und Sorge im Herzen.

I

Ich möchte Ihnen die Tatsache vor Augen führen, daß die amerikanische Regierung in wachsendem Maße in eine politische und moralische Isolierung treibt, deren Konsequenzen Sie als Amerikaner sorgfältig erwägen sollten. Besonders der Krieg in Vietnam hat die Welt dahin gebracht, gegenüber der offiziellen amerikanischen Politik Zurückhaltung zu wahren.

Die jüngste historische Parallele hierzu war die wachsende Isolierung Frankreichs während seines letzten grausamen und aussichtslosen Kolonialkrieges in Nordafrika. Nur dadurch, daß es ihn beendete, gewann es seinen moralischen Status und sein politisches Prestige in der Welt zurück. Der Unterschied, der Amerikas Position so viel gefährlicher macht, ist, daß Amerika reich und mächtig genug ist, seine Geringschätzung der Weltmeinung über einen sehr viel längeren Zeitraum durchzuhalten.

Wir registrieren im Ausland, daß der Vietnamkrieg nicht erklärt wurde und dadurch die Verfassung, der zufolge das Recht zur Kriegserklärung in den Händen des Kongresses liegt, nicht aber in denen des Präsidenten, umgangen wurde; und wir fragen uns, wie weit die Aushöhlung des Systems der Gewaltenteilung bereits gediehen ist, das von den Gründern dieser großen Demokratie so sorgfältig ausgedacht wurde — wenn die Macht über Tod und Leben von Hunderttausenden, und im weiteren Verlauf dieses Krieges vielleicht von Millionen von Menschen, in die Hand einer kleinen Gruppe von Männern in Washington gelegt ist.

II

Amerikas politische und moralische Isolierung ist hauptsächlich das Resultat der Gedanken und Gefühle des einfachen Mannes im Ausland, selbst dann, wenn seine Regierungen es für zweckmäßig erachten, die Volksmeinung geringzuschätzen und sie zu verschweigen versuchen.

Ebenso hat das *Big Business* oft interessenmäßige Gründe, sich mit dem offiziellen Amerika gutzustellen. Es hat überall einen unverhältnismäßigen Einfluß. Die amerikanische Regierung hat, wie es scheint, Mittel und Wege gefunden, es daran zu erinnern, daß man von ihm erwartet, diesen Einfluß auch geltend zu machen.

The New York Times vom 28. Oktober 1966 bringt in einem Bericht ihres Stockholmer Korrespondenten über die kritische Haltung der Schweden gegenüber dem amerikanischen Krieg in Vietnam folgende Information: „Der Botschafter hat seine Bemühungen auf private Gespräche konzentriert und darauf, Industrie-, Wirtschafts- und anderen Gruppen zu verstehen zu geben, daß die Schweden viel verlieren könnten, wenn das Image ihres Landes in den Vereinigten Staaten sich verschlechterte. Man hofft dabei insgeheim, daß diese Gruppen vielleicht sogar versuchen könnten, die schwedische Regierung davon zu überzeugen, daß sie die antiamerikanischen Angriffe unterbindet.“ Aber in bezug auf die Situation, in die die Regierung der Vereinigten Staaten ihr Land in der Vietnamfrage hineingebracht hat, kann der sonst so wirkungsvolle Druck des *Big Business* in keinem anderen Land mehr viel ausrichten. Seit mehr als einem Jahr wagt es kein Mitglied der personell überbelegten amerikanischen Botschaft in Schweden, von der Möglichkeit, öffentlich über die Vietnamfrage zu sprechen, Gebrauch zu machen. Die Situation ist in den meisten anderen Ländern ähnlich.

III

Es gibt keine einzige Regierung in Westeuropa, die es vor ihrem eigenen Volke wagen würde, als symbolische Geste der Sympathie mit der Politik der Vereinigten Staaten eine Abteilung Soldaten nach Vietnam zu schicken.

Nicht einmal die britische Regierung (die beklagenswert abhängig von amerikanischer Finanzhilfe bei der Aufrechterhaltung jenes Pfundkurses ist, den sie ihren Gläubigern aufrechtzuerhalten versprochen hat) wagt es, eine solche Geste auch nur ins Auge zu fassen.

Ebensowenig leitet die Regierung Westdeutschlands derartiges in die Wege, obwohl sie wünscht — wie auch immer sie zusammengesetzt ist —, daß die Vereinigten Staaten weiterhin die fünf Divisionen für ihre Verteidigung dort lassen und die Kosten dieses Schutzes tragen.

General *de Gaulle* ist der am entschiedensten kritisch zur offiziellen amerikanischen Politik in Vietnam eingestellte europäische Staatsmann. Es ist kein Zufall, daß sein poli-

DER VIETNAMKRIEG UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

tischer Stern nicht nur in Europa, sondern überall in den Entwicklungsländern aufgegangen ist.

Von den Diktaturen in Spanien und Portugal könnte man erwarten, daß sie sich aus ideologischen Gründen zu dem Militärregime des Marschalls *Ky*, der gegenwärtig der lokale Vertreter der offiziellen amerikanischen Politik in Vietnam ist, hingezogen fühlen. Die Machthaber dieser zwei unglücklichen Länder können Tausende von rebellierenden Intellektuellen, Studenten und Arbeitern gefangenhalten, aber nicht einmal sie würden es wagen, diesen Beweis der Sympathie für die offizielle amerikanische Politik in Südostasien zu geben.

IV

Schweden ist eins der ganz wenigen Länder der Welt, wo man nicht die Spur eines grundsätzlichen Antiamerikanismus findet. In diesem Lande hat es vielmehr eine rückhaltlose Sympathie für Amerikas Bemühungen gegeben, als es die Bürgerrechte vollkommener durchsetzen und bestätigen und einen bedingungslosen Krieg gegen die krankhafte Armut in seinen großen ländlichen und städtischen Slums aufnehmen wollte.

Aber, wie eine öffentliche Befragung enthüllt, ist in der Vietnamfrage die überwältigende Mehrheit der klardenkenden schwedischen Meinung scharf kritisch gegenüber der Politik der amerikanischen Regierung eingestellt. Nur acht Prozent der repräsentativ Befragten glauben, daß Amerika in Vietnam das Richtige tue — nicht viel mehr als der politische Flugsand, den, wie wir wissen, jede abweichende extremistische Sache bei jeder Wahl für sich buchen kann. Ein Jahr davor — ehe die Konsequenzen der jüngsten amerikanischen Eskalation im Vietnamkrieg richtig eingeschätzt wurden — waren es 13 vH; eine genauere Analyse zeigt, daß besonders die Jugend jetzt fast einstimmig die Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam verurteilt. Die Situation ist ähnlich in den anderen skandinavischen Ländern.

In Schweden haben wir eine ziemlich umfangreiche Rüstungsindustrie, damit wir in unserer nationalen Verteidigung so unabhängig wie möglich von anderen Ländern sind. Damit diese Industrie leistungsfähig bleibt, müssen wir Waffen ausführen; das geschieht aber unter Regierungskontrolle, so daß unser Waffenexport nicht an kriegführende Staaten und aktive Friedensstörer geht. Es ist nun eine Tatsache, daß wegen der amerikanischen Vietnampolitik — und ungeachtet des Betruges eines nicht erklärten Krieges — die schwedische Regierung jetzt die Vereinigten Staaten in die Gruppe der Länder einbezogen hat, an die der Export schwedischer Waffen nicht gestattet ist. Die Erlaubnis, daß in Schweden produzierte Waffen von amerikanischen Truppen in Vietnam verwendet werden, hätte die schwedische öffentliche Meinung beleidigt. Diese Verweigerung schwedischer Waffen an Amerika — was mein Freund Professor *Galbraith*, augenscheinlich zustimmend, eine „Blockade“ nannte — ist, soviel ich weiß, in Schweden auf keinerlei Widerspruch gestoßen.

V.

Über Afrika weiß ich nicht viel mehr als jeder andere aufmerksame Leser von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. Die Regierung der Vereinigten Staaten mag einige Sympathisanten für ihren Krieg in Vietnam unter den herrschenden Weißen in Südafrika und Rhodesien haben; aber in allen armen und farbigen Nationen Afrikas, wie sehr sie auch immer finanzielle Unterstützung für ihre Entwicklung und auch zum bloßen Überleben brauchen, kenne ich keine Regierung und keine klardenkende Persönlichkeit, die zu den Verfechtern der Vietnampolitik der Regierung der Vereinigten Staaten gezählt werden könnte.

Ich glaube, das gleiche gilt für Lateinamerika. Der Vietnamkrieg tut sein übriges zu den vielen anderen Störfaktoren in den Beziehungen dieses Kontinents zu den Vereinigten Staaten. Es gibt in Lateinamerika bestimmt keine Regierung und kaum einen unabhängigen Staatsmann von einigem Format, die öffentlich für die offizielle amerikanische Politik in Vietnam Partei ergreifen würden.

Präsident Johnson hat kürzlich Fühler zur Sowjetunion ausgestreckt, um den kalten Krieg abzuschwächen und zu beenden. Er steht nun da als ein verschmähter Bewerber — in einer Sache, in der er sonst die Sympathie fast der ganzen Welt gewonnen hätte. Die Erklärung dafür ist nur zu bitter. Die Sowjetunion kann unmöglich eine Annäherung an Amerika in Betracht ziehen, solange die USA fortfahren, das zu betreiben, was die sowjetische Regierung als amerikanische Aggression in Südostasien ansieht. Am schlimmsten vom Standpunkt der amerikanischen Regierung ist, daß sich die Sowjetunion in dieser Angelegenheit des Einvernehmens fast der ganzen Welt außerhalb Amerikas erfreut.

VI

Am wichtigsten ist jedoch, was die Völker in Asien denken und fühlen. Darüber kann ich mit mehr Sachverstand sprechen. Neun Jahre lang habe ich, schwerer als zu irgendeiner Zeit meines Lebens zuvor, an dem Problem gearbeitet, was mit diesem großen Teil der Menschheit geschehen soll, der in Gebieten lebt, die sich an den Grenzen Chinas und der Sowjetunion ausbreiten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten versucht sich im eigenen Land ein Image zu schaffen, als hätte sie vertraute und ergebene Freunde im „freien Asien“ — im Ausland überzeugt sie damit niemanden. Die Wahrheit ist, daß die amerikanischen Verbündeten an den äußersten Grenzen Asiens — die Philippinen, Südkorea, Thailand — Regierungen haben, die zu Recht Puppenregierungen (*dient governments*) genannt werden. Ihr Anschluß an die Vereinigten Staaten hat keine Basis in der öffentlichen Meinung dieser Länder.

In einem Land wie Thailand hat es niemals auch nur die geringste öffentliche Diskussion politischer Fragen gegeben, es sei denn eine opportunistische Anpassung der herrschenden Schichten (*ruling upper crust*) an diejenige Macht, die im Augenblick der lohnendste Protektor schien. Während des Krieges hieß das, vertrauensvoll mit den japanischen Eindringlingen kollaborieren — gegen die Vereinigten Staaten. Nun heißt es, sich an die Vereinigten Staaten halten und ihre Truppen bewillkommen.

Der weitaus größte Teil Südasiens, der in Manila nicht dabei war, besonders Indien und Pakistan mit nun mehr als 600 Millionen Einwohnern, ist ebenso oder noch abhängiger von Amerika, um Entwicklungshilfe zu erhalten und für das nackte Überleben vom Hunger. Wie sollten ihre Regierungen nicht klare opportunistische Gründe haben, um Haltungen anzunehmen, die der amerikanischen Regierung gefallen! Trotzdem haben sie das nicht getan, sondern eine eher offenere Kritik geäußert, als sich die westeuropäischen Regierungen verpflichtet gefühlt haben lautwerden zu lassen, und die amerikanische Regierung muß Nachsicht für ihre Opposition zeigen. Die Erklärung ist, daß praktisch alle politisch bewußten Bürger dieser Länder der offiziellen amerikanischen Politik in Vietnam tief feindlich gesinnt sind.

Daß das japanische Volk — wieviel von dem entwaffnenden orientalischen Lächeln seine Regierung auch immer zeigt — kritisch zur amerikanischen Vietnampolitik steht, ist in der amerikanischen Presse wohl berichtet worden.

DER VIETNAMKRIEG UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

VII

Ich möchte noch eine weitere Beobachtung hinzufügen. Wie einige von Ihnen wissen, habe ich seinerzeit sehr eingehend die Beziehungen zwischen den Rassen in Amerika studiert. Da ich nun die Probleme der südasiatischen Länder bearbeite, habe ich meine Augen für den besonderen Gesichtspunkt der Rassenfrage offengehalten, besonders im Hinblick auf die internationalen Zusammenhänge.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Befreiung der farbigen Völker aus kolonialer Knechtschaft gibt es ein weltweites Ausweichen vor der Farbigenfrage. Sowohl die gebildeten Oberklassen in den neuen Ländern — die die Politik beherrschen, ganz gleich, um welches Regierungssystem es sich handelt — wie die weißen Westeuropäer und Amerikaner ziehen es vor, sie so wenig wie möglich zu erwähnen. Ich möchte Sie hingegen darüber unterrichten, daß Rasse und das Bewußtsein rassischer Unterschiede eine mächtige Unterströmung sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik darstellen. Die Völker in diesem Teil der Welt wie in den anderen Entwicklungsländern sind sich natürlich zutiefst der Tatsache bewußt, daß sie farbig sind, daß die meisten Menschen auf der Welt farbig sind, und daß die meisten farbigen Völker arm sind, während die reiche und mächtige Minderheit in der Welt weiß ist.

Wenn es etwas gibt, daß ich mehr als alles andere fürchte, ist es das: die gespannten Beziehungen zwischen den reichen Nationen, die die Minderheit, und den armen Nationen, die die Mehrheit bilden, könnten durch die Farbigenfrage vergiftet werden. Von diesem Standpunkt aus ist eine große amerikanische Armee, die Tod und Elend über eine arme farbige Nation in Asien bringt — und das mit riesigen Jetbomben, Hubschraubern und anderen teuflischen Zerstörungswerkzeugen einschließlich Chemikalien, Giftgas und Napalm, die die Amerikaner auf Grund ihres Reichtums sich in unbegrenzten Quantitäten leisten können —, immens gefährlich für alle unsere Hoffnungen auf Weltfrieden, Zusammenarbeit und Fortschritt in den vor uns liegenden Jahrzehnten.

Ich habe Australien und Neuseeland bei meinem kurzen Überblick über die Welt ausgelassen. Eine Mehrheit in diesen Völkern hat sich, wie es scheint — jedenfalls für die gegenwärtige Zeit — mit der Politik ihrer Regierungen abgefunden, die sich hinter die südostasiatischen farbigen Puppenstaaten (*dient states*) eingereiht haben und die Politik der Regierung der Vereinigten Staaten in Vietnam unterstützen. Sie haben auch einige Streitkräfte als Beweis ihrer Zustimmung nach Vietnam entsandt. Diese Länder haben sich seit langem daran gewöhnt, wenig für ihre eigene Verteidigung zu tun, sich aber für ihre Sicherheit auf den Schutz eines stärkeren Landes zu verlassen: in der Vergangenheit auf die weitreichende Seemacht Großbritanniens und heute auf die Atommacht der Vereinigten Staaten.

Wir wissen, daß es eine starke Opposition in diesen beiden Ländern gegen die Vietnampolitik ihrer Regierungen gibt, obwohl sie bis jetzt noch durch die Mehrheit der Wähler unterstützt wird. In jedem Fall stellen diese einsamen Inseln geringfügige Ausnahmen dar, die, gerade weil sie als Ausnahmen dastehen, die allgemeine politische und moralische Isolierung unterstreichen, in die die Regierung der Vereinigten Staaten ihr Land gebracht hat.

IX

Es gibt Menschen in Amerika, die meinen, daß diese Isolierung nichts schade; sie glauben, das immense finanzielle und militärische Potential Amerikas ermögliche es seiner Regierung, die Weltmeinung zu ignorieren. Dies wird sich als ein tragischer Irrtum herausstellen.

In meiner Jugend, vor mehr als einem Vierteljahrhundert, schrieb ich ein Buch über Amerikas innere Probleme der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit. Im letzten Kapitel

dieses Buches stellte ich Betrachtungen über die Rolle an, die ich für Amerika voraussah, als es nun „in der endlosen Folge von Hauptakteuren auf der Weltbühne selbst an die Reihe kam“. Ich schrieb damals und ich möchte es heute wiederholen:

„Amerika hat nun den Anschluß an die Welt gefunden, und es ist in ungeheurem Maße abhängig von der Unterstützung und dem guten Willen der anderen Länder. Sein Aufstieg zur führenden Macht bringt diese Abhängigkeit zu einem Höhepunkt. Niemand wird so argwöhnisch beobachtet wie der Aufstrebende. Niemandem wird so wenig erlaubt, niemand benötigt so sehr seine ganze moralische Kraft wie er.“

Damit wies ich den Gedanken zurück, der schon damals in Amerika sehr verbreitet war, daß finanzielle und militärische Macht die moralische Macht ersetzen könne, wenn es darum geht, das Wohlwollen aller zivilisierten Menschen in der Welt zu gewinnen.

Wenn ich heutige amerikanische Zeitungen lese, finde ich wieder, daß viele Amerikaner immer noch das gleiche falsche Vertrauen in finanzielle und militärische Macht haben. Es mag heute sogar eine Mehrheit von Amerikanern zugunsten einer Eskalation im Vietnamkrieg geben, um endlich damit fertig zu werden („*to get it over with*“). Sie sehen nicht, daß, wenn ein sehr armes Land verwüstet und zerstört wurde, die wahre Hölle für Amerika erst beginnen wird.

Keine Summe finanzieller Hilfe würde ihm dann mehr helfen. In Vietnam würden die Amerikaner zu den bestgehaßten Menschen gehören. Jene Vietnamesen, die die Verwaltung der amerikanischen Hilfe übernehmen, würden als Kollaborateure angesehen, und das würde um so leichter geglaubt werden, weil sie korrupt sein würden — wie sie es jetzt schon sind. Ein Volk, das seit einem Vierteljahrhundert gegen weiße Vorkherrschaft Krieg führt, wird sich nicht schweigend unterwerfen. Und bei seinem Versuch, sich von den Eindringlingen zu befreien, hätte es die Sympathie der ganzen Welt auf seiner Seite. Die Vereinigten Staaten würden moralisch und politisch stärker isoliert sein als je zuvor.

X.

Heute ist die amerikanische Verwicklung in den Vietnamkrieg für die gesamte Welt das Hauptzeichen dafür, daß die amerikanische Regierung bei ihren Versuchen, den Globus nach ihren eigenen Vorstellungen zu „ordnen“, falsch liegt. In höchst unglücklicher Weise neigt diese Politik dazu, im Ausland die alten Stereotypen zu bestärken, die die Amerikaner als emotional unreif, moralisch nachlässig, intellektuell naiv und politisch unweise und auch als starrsinnig hinstellen, wenn sie sich selbst in einen falschen Kurs hineinmanövriert haben. Der allgemeine Widerstand, den Amerikanern als führender Macht zu vertrauen, breitet sich aus und steigert sich überall.

XL

Ein weiterer Unterschied zwischen Amerika und der übrigen Welt, der zu seiner moralischen und politischen Isolierung beiträgt, ist die Bemerkung — und sie wird in wachsendem Maße Allgemeingut —, daß man endlich vergessen sollte, wie die Regierung der Vereinigten Staaten in den Vietnamkrieg hineingeschliddert ist — und nur daran denken soll, was als nächstes kommt. Die moralische Verantwortung für das, was man getan hat, zu ignorieren oder zu verleugnen, ist jedoch eine Haltung, die keinem Individuum und keiner Nation gestattet ist, das oder die sich selbst in Schwierigkeiten gebracht hat.

Die Frage, wie der gegenwärtige schreckliche Krieg in Vietnam begonnen und sich entwickelt hat, kann nicht der Vergessenheit anheimgegeben werden. Die wachsende moralische Isolierung Amerikas in dieser Hinsicht ist durch die Tatsache gekennzeichnet,

DER VIETNAMKRIEG UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

daß, während es die Propaganda der amerikanischen Regierung zuwege gebracht hat, daß viele Amerikaner wichtige Elemente in der Geschichte des Konflikts vergaßen, in der gesamten Welt und besonders in Europa nicht nur die Intellektuellen, sondern fast alle klardenkenden Menschen ein ziemlich langes Gedächtnis haben für das, was geschehen ist und wie es geschah.

XII

Ich kann mir in dieser kurzen Ansprache nicht die Zeit nehmen, den Hintergrund der jüngsten Geschichte in jedem Detail in unser Gedächtnis zurückzurufen, was für eine ausgewogene Meinung über die gegenwärtigen Alternativen der amerikanischen Politik nötig wäre. Ich möchte nur einige Punkte, die zu diesem historischen Hintergrund gehören, besonders hervorheben:

1. die Eigentümlichkeiten der abscheulichen Kolonialpolitik Frankreichs in Französisch-Indochina;
2. während des zweiten Weltkrieges die gelegentliche amerikanische Unterstützung des Viet-Minh, der einzigen konsolidierten nationalen Bewegung gegen das kollaborierende französische Vichy-Regime dort, und gegen die japanischen Eindringlinge;
3. nach dem Weltkrieg das vollkommene Desinteresse der amerikanischen Regierung am französischen Kolonialkrieg in Indochina, der mit viel Grausamkeit und Verrat ausgefochten wurde und in ausgedehnter Korruption sowohl in Vietnam wie in Paris endete;
4. nach der Errichtung des kommunistischen Regimes in China das plötzliche Interesse und die wachsende amerikanische Unterstützung Frankreichs in diesem langwierigen Kolonialkrieg gegen die Vietnamesen, der am Ende fast ganz mit amerikanischen Mitteln finanziert wurde;
5. am Ende des Krieges, als die Franzosen nahe vor ihrer endgültigen Niederlage standen, die Verhandlungen über ein direktes militärisches Eingreifen zugunsten der wankenden französischen Truppen, so daß der Krieg weitergeführt werden konnte. Daß die Amerikaner nicht schon damals in den Krieg gegen die Vietnamesen eintraten — als Verbündete Frankreichs —, lag nicht etwa an irgendeinem Widerwillen von Seiten des verstorbenen *John Foster Dulles*, damals Außenminister, sondern, wie die jetzt aufgedeckten Akten zeigen, an der Opposition der britischen Regierung, die zu jener Zeit von *Churchill* und *Eden* geführt wurde und die weniger geneigt war, gehorsam dem Wink der Vereinigten Staaten zu folgen, aber auch am Zögern oder am Widerstand einiger wachsamer Kongreßabgeordneter, die zu Rate gezogen werden mußten, und endlich am Regierungsantritt von *Mendès-France*, der entschlossen war, diesem unglücklichen und hoffnungslosen Krieg ein Ende zu bereiten;
6. 1954 gab es dann das Genfer Abkommen, das gegen viele amerikanische Intrigen erreicht wurde und den Verfall der französischen Kolonialherrschaft besiegelte. Es setzte u. a. fest, daß die militärische Demarkationslinie in Vietnam am 17. Breitengrad „provisorisch sein und in keiner Weise so ausgelegt werden sollte, als ob sie eine politische oder territoriale Grenze errichten wolle“, daß Wahlen innerhalb von zwei Jahren abgehalten und daß Verhandlungen zwischen den „authorities“ in den beiden militärischen Zonen innerhalb eines Jahres aufgenommen werden sollten. Das Abkommen verbietet die Einführung weiterer Truppen, militärischen Personals, von Waffen und Munition oder die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte in den beiden Militärzonen;
7. die „unilaterale Erklärung“ der Regierung der Vereinigten Staaten, in der sie verspricht, sich an das Abkommen zu halten;
8. die Entscheidung — entgegen dem Genfer Abkommen, aber mit voller amerikanischer Rückendeckung — des „Kaisers“ *Bao Dai* und nach seiner kurzfristigen Ablösung des amerikanisch unterstützten *Ngo Dinh Diem*, daß Südvietnam ein selbständiger Staat sei und nicht beabsichtige, über die Abhaltung allgemeiner Wahlen zu verhandeln, wie doch im Genfer Abkommen vorgesehen;
9. der schnelle amerikanische militärische Aufbau eines separaten Südvietnam, was bald den Einmarsch von amerikanischem Militärpersonal, zuerst als „Berater“ getarnt, einschloß;

10. die Ermordung von *Diem*, und danach ein unaufhörlicher Strudel von Tumulten und Putschen und eine Folge von Regierungen, die vollkommen abhängig von amerikanischer Unterstützung sind;

11. und letztens: die Eskalation der amerikanischen militärischen Beteiligung im vietnamesischen Bürgerkrieg, der so zu einem großen amerikanischen Krieg auf dem asiatischen Kontinent wurde — dies gegen die starken und ausdrücklichen Erklärungen Präsident *Eisenhowers*, was übrigens 1952 zu seinem Wahlsieg beigetragen hatte.

Das direkte militärische Eingreifen und die Eskalation begannen mit kleinen Schritten. Als Präsident *Eisenhowers* Amtszeit 1960 abgelaufen war, wurde das amerikanische Militärpersonal immer noch „Berater“ genannt und es waren weniger als 800 Mann. Ende 1964, nach Präsident *Johnsons* Sieg über Senator *Goldwater*, waren sie nach und nach auf 21 000 Mann angewachsen und waren nun ungetarnt kämpfende Soldaten. Danach nahm die Eskalation wahrlich ernste Ausmaße an. Wir wissen, daß jetzt fast 400 000 amerikanische Soldaten in Vietnam sind — nicht gerechnet die Flotte in den Gewässern um Vietnam, die Luftwaffe und Truppen in Thailand, die beide an militärischen Aktionen gegen Vietnam teilnehmen — und wir wissen auch, daß das amerikanische militärische Engagement weiter im Wachsen begriffen ist.

XIII

Auf diesem Hintergrund ist es leicht, das Erstaunen — selbst in Amerika — über die Behauptung zu verstehen, die Regierung der Vereinigten Staaten suche (und hätte seit jeher gesucht) die Rückkehr zu den wesentlichen Bestimmungen des Genfer Abkommens. Möglich, daß die Mehrheit der Amerikaner bei diesem Glauben bleibt — das ist dann das Resultat der offiziellen Propaganda, die die Menschen in Amerika blind für die Wahrheit gemacht hat.

Die Wirkung dieser Propaganda ist fast ganz auf die Amerikaner selbst beschränkt. Wenn die Wahrheit verdreht und die Unwahrheit akzeptiert wird, kann sich eine Nation zwar selbst überzeugen, aber kaum jemanden sonst. Und so wird die offizielle amerikanische Propaganda, die vertrauensvoll überall im eigenen Land akzeptiert wird, aber so wenig mit dem zu tun hat, was wir wissen, ein Rad in dem Mechanismus, der Amerika in eine immer vollkommeneren moralischen und politischen Isolierung treibt.

Die ständige Intensivierung der Bombardierung von ganz Vietnam ist zu der Begleitmusik von Friedensofferten betrieben worden, die sich dann und wann zur Höhe von „Friedensoffensiven“ aufgeschwungen haben. Sie haben augenscheinlich erreicht, eine Mehrheit von Amerikanern davon zu überzeugen, daß die Vietnamesen schuld sind an der Verlängerung und Verschärfung des Krieges. Im Ausland sind die „Friedensoffensiven“ als Beweis für die amerikanische Naivität und Heuchelei und den amerikanischen Zynismus genommen worden.

U Thant, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat in einem Interview mit dem sehr angesehenen amerikanischen Journalisten *Emmet John Hughes* (*Newsweek*, 12. Dezember 1966) die Einzelheiten dessen enthüllt, was in großen Umrissen bereits bekannt war: daß es ihm 1964 gelang, ein Treffen zwischen *Ho Tsch Minh* und Vertretern der amerikanischen Regierung zur Beendigung des Krieges zu arrangieren; später konnte *U Thant* sogar Rangoon in Burma als Treffpunkt vorschlagen und die technischen Einzelheiten für die Verhandlungen festsetzen.

Trotz der Bemühungen des verstorbenen *Adlai Stevenson*, der damals der Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen war (aber anscheinend außerhalb des inneren Zirkels in Washington gehalten wurde, wo man gerade die große Eskalation des Frühjahrs 1965 vorbereitete), bewahrte die amerikanische Regierung ein hinterhälti-

DER VIETNAMKRIEG UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

ges Schweigen, wie bereits bei früheren Gelegenheiten, als U Thant Initiativen zu Friedensverhandlungen im Vietnamkrieg ergriffen hatte. Endlich kam ein barsches „Nein“ mit der Begründung, daß jeder ernsthafte Friedensschritt die Regierung in Saigon stürzen würde. Einen Tag, nachdem U Thant die Regierung in Hanoi von seinem Fehlschlag informieren mußte, begann das amerikanische Bombardement nördlich der Waffenstillstandslinie. Die bestürzendste Enthüllung aus U Thants Interview ist die Mitteilung des unglücklichen Stevenson an ihn, daß Präsident Johnson während eines halben Jahres weitgehend in Unkenntnis von U Thants Friedensbemühungen gehalten worden war!

XIV

Präsident Johnson und seine Berater sind ehrenhafte Männer. Sie sind keine Lügner. In gewisser Hinsicht ist ihre Position schlechter, als wenn sie es wären. Sie — und mit ihnen ein großer Teil des amerikanischen Volkes — sind die Opfer ihrer eigenen Rhetorik und ihrer eigenen opportunistischen Propaganda, die beide im modernen Amerika von einer Heerschar von *Ghost Writers* industriell produziert werden.

Die Gutgläubigkeit jener an den Schalthebeln der Politik wird umso leichter hergestellt, als in Washington ein allgemeiner Mangel an mehr als oberflächlichem Wissen über asiatische Verhältnisse herrscht.

In dieser kurzen Ansprache würde es zu weit führen, dieses Phänomen zu erklären. Ich kann nur die Tatsache hervorheben, daß das Gefühl wächst, die Erklärungen der Regierung der Vereinigten Staaten ermangelten der Glaubwürdigkeit (*credibility*), um einen Ausdruck zu gebrauchen, der aus gutem Grund bei aufgeklärteren Kommentatoren in Amerika populär geworden ist. Die erfundenen Veröffentlichungen der amerikanischen Botschaften im Ausland über die Vietnamfrage werden seit einiger Zeit genauso wenig ernst genommen wie manche TASS-Kommuniqués aus Moskau.

XV

Ein anderer Grund für die große Kluft zwischen der offiziellen amerikanischen und der ausländischen Auffassung des Vietnamkrieges ist die Rolle, die China in dem Konflikt zugeschrieben wird. Sprecher der Regierung der Vereinigten Staaten sprechen oft so, als ob China der wahre Feind sei. Ausländer jedoch sind fähig zu beobachten, daß es die Vereinigten Staaten sind, die eine riesige Militärmacht im Vietnamkrieg aufmarschieren lassen. China hat das vorläufig nicht getan, ungeachtet der Tatsache, daß die amerikanischen Streitkräfte an seinen Grenzen operieren — eine Situation, die die Amerikaner umgekehrt kaum dulden würden.

In Ländern, die normale Beziehungen mit China haben und deren China-Forscher ungehindert ihren Studien nachgehen können — wie in Skandinavien —, ist beachtet worden, daß China bemerkenswert zurückhaltend und vorsichtig in den Beziehungen zu seinen asiatischen Nachbarstaaten ist. Selbst Chinas Beziehungen zu Indien sind sehr viel komplizierter, als sie der unschuldigen amerikanischen Öffentlichkeit dargestellt worden sind.

Vor allem ist die gesamte Welt nicht willens, einen ideologischen Krieg unter der Führung der amerikanischen Regierung stillschweigend mitanzusehen. In seinem Jahresbericht an die diesjährige Generalversammlung der Vereinten Nationen hat Generalsekretär U Thant sehr richtig die Weltmeinung außerhalb Amerikas ausgedrückt:

„Das Grundproblem in Vietnam ist kein Problem der Ideologie sondern eines der nationalen Identität und des Überlebens des vietnamesischen Volkes. Ich sehe nur Gefahr in der Idee (die so emsig außerhalb Vietnams genährt wird), der Konflikt sei eine Art heiliger Krieg zwischen zwei mächtigen Ideologien.“

XVI

Um noch deutlicher zu werden: die gesamte Welt — einschließlich jener Nationen, die genauso berechtigt sind wie die Amerikaner, für die großen Ideale der Demokratie und der Würde des Menschen zu sprechen — sieht die wünschenswerte Zukunft von Vietnam in einem sehr anderen Licht als die amerikanische Regierung, obgleich diese sich niemals klar und unzweideutig zu diesem Punkt erklärt hat. Wir halten es nicht für einen Vorteil für unsere Ideale, dem vietnamesischen Volk die eine oder andere Karikatur unserer Regierungsform aufzuzwingen und noch dazu mit den gewaltsamen und rücksichtslosen Mitteln der militärischen Invasion. Senator *Fulbright* hat vergeblich versucht, die amerikanische Regierung zur Annahme der Erkenntnis zu bringen: Vietnam ist das Land der Vietnamesen, nicht unseres.

Wir würden es nicht einmal als eine Niederlage der Ideale, für die wir stehen, betrachten, wenn, nachdem die Ordnung hergestellt worden ist — was jetzt unglücklicherweise nicht durch die amerikanische Militärmacht erreicht werden kann, weil sie sich für eine solche Mission zu sehr disqualifiziert hat, sondern man muß dafür eine internationale Polizeimacht organisieren —, das endlich sich selbst überlassene vietnamesische Volk seinen inneren Frieden unter irgendeiner Art von revolutionärem oder nationalkommunistischem Regime finden will. Wir wissen sowieso, daß die Etiketten „Demokratie“ und „Kommunismus“ von zweifelhafter Bedeutung und Relevanz in diesen armen Ländern sind, und dies besonders in einem Land, das wie Vietnam durch all die schrecklichen Leiden gegangen ist, die es entstellt und verkrüppelt haben.

Wir halten es nicht für unumgänglich, daß solch ein Vietnam schließlich unter chinesische Herrschaft fallen würde. Tausend Jahre lang, bevor es von den französischen Kolonisatoren besiegt wurde — und lange vor der Entdeckung Amerikas — verteidigte Vietnam sich gegen die chinesische Anmaßung und suchte eine eindeutige nationale Identität. Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß diese Tradition unter einer nationalen Regierungsform lebendig erhalten würde, selbst unter einer kommunistischen — es sei denn, das vietnamesische Volk fühle sich als Objekt einer hartnäckigen, nie endenden Bedrohung durch Amerika.

XVII

Der Krieg in Vietnam und die zerstörerische Teilnahme des Militärapparates Amerikas an ihm sind eine unermeßliche menschliche Tragödie, die — wie es scheint — nach den logischen Gesetzen des klassischen Dramas abrollt, in dem die endgültige Katastrophe durch einen moralischen Konflikt im Herzen des Trägers der Hauptrolle von Anbeginn an feststeht.

Wir, die wir sehen, wie die vorherbestimmte Entwicklung in diesem Drama von Akt zu Akt vorantreibt, haben dennoch nicht das moralische Recht, uns damit abzufinden wie mit einem mechanischen Geschick. Wir müssen aufstehen und den Einfluß, den wir haben, benutzen, diese schicksalvolle Entwicklung anzuhalten und zu wenden, selbst wenn wir die Mächte des Tages in Amerika (vielleicht sogar eine irregeleitete Mehrheit seines Volkes) gegen uns haben.

Wir, nicht diese Mächte des Tages, halten die hohen, aus der Aufklärung übernommenen Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und Gleichheit aufrecht. Die Geschichte würde uns nie vergeben, wenn wir aufgäben, wenn diese Ideale, durch Mangel an Weitsicht bei den Mächtigen und bei einer unkultivierten militärischen Technokratie, erdrosselt würden. Die Entwicklung zeigt immer bedrückender die Zerstörung der Vernunft, des Anstandes und von allem, was unseren Herzen teuer ist. Unser Weg kann nicht der billige Mut des Optimismus und des Appells an die Mehrheit sein. Wir brauchen vielmehr den Mut der Verzweiflung, um der Flut des gedankenlosen *laissez faire* — *laissez passer* standzuhalten.

